

(A) statt, und es gibt Umfragen, die einfach zeigen, 65 Prozent der Deutschen befürworten die Aufhebung des Friedhofszwangs in Deutschland. Sie wägen durchaus alle Gründe für und wider ab.

Der Ort der Trauer muss gewährleistet sein. Ja, das finde auch ich! Aber es muss nicht per Definition zwangsläufig ein Friedhof sein. Wir haben diese Ausnahmen schon: die Seebestattungen.

Verstorbene sind keine Verfügungsmasse, stimmt auch. Aber für uns ist ganz wichtig und ausschlaggebend: Es zählt am Ende trotzdem der letzte Wille des Verstorbenen. Wir müssen zwischen dem letzten Willen und den Rechten der Allgemeinheit eine Abwägung treffen. Das heißt, wir brauchen am Ende des Tages konkrete Regelungen für diese einzelnen Fälle. Beachtet werden müssen bei diesen Regelungen wirklich und in der Tat die Würde des Verstorbenen, die Pietät, aber auch die Rechte von Dritten.

Ich kann mich selber outen, weil immer so getan wird: Ja, das ist jetzt irgendwie so. Die Kirchenmitglieder sehen es anders. – Auch ich gehöre der evangelischen Kirche an. Aber meine Auffassung, was den Friedhofszwang angeht, ist trotzdem eine andere – vielleicht auch religiös begründet, aber nicht, weil mir jemand gesagt hat, Friedhofszwang muss beibehalten werden, sondern weil ich einfach den Menschen zuhöre, die mit den Problemen zu uns gekommen sind, ob es Bestatter waren –. Auch Bestatter sind im Übrigen nicht gleich Bestatter. Der deutsche Verband der unabhängigen Bestatter befürwortet unseren Vorstoß. Es sind Menschen zu uns gekommen, die von ihren Problemen geredet haben. Ich finde, davor kann man nicht die Augen zumachen, sondern man muss für sie eine Lösung finden.

(B) Ich möchte mit dem Zitat, Herr Röwekamp, enden: Der Mensch, an den du denkst. Ja, ich finde das richtig: Der Toten und Verstorbenen muss gedacht werden. An Menschen kann gedacht werden. Gedenken kann meiner Meinung nach aber auch außerhalb von Friedhöfen stattfinden. Würde ist nicht auf den Friedhof beschränkt, meine Damen und Herren! – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Thema der Aktuellen Stunde liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Wir haben noch ein drittes Thema zur Aktuellen Stunde. Es ist nun aber eine Minute vor 13 Uhr. Ich schlage Ihnen vor, dass wir jetzt in die Mittagspause eintreten, die bis 14.30 Uhr geht, dann mit dem dritten Thema der Aktuellen Stunde fortfahren und das gesetzte Thema im Anschluss an das dritte Thema der Aktuellen Stunde aufrufen. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses tagen um 13.00 Uhr, sind eingeladen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung der Bremischen Bürgerschaft.

(C)

(Unterbrechung der Sitzung um 12.59 Uhr)

★

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe des Forums Deutsch-Türkische Akademikerinnen. – Herzlich willkommen in unserem Hause!

(Beifall)

Wir setzen die Tagesordnung fort mit dem dritten Thema in der Aktuellen Stunde.

Auf Antrag der Abgeordneten Doris Hoch, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten Sybille Böschen, Winfried Brumma, Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD diskutieren wir nunmehr

„Hebammen in Bremen bald ohne Versicherungsschutz – Berufsstand vor dem Aus?“

(D)

Ich rufe als erste Rednerin auf Frau Kollegin Hoch, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit Jahren steigen die Jahresbeiträge der Versicherung für die freiberuflichen Hebammen so rasant, dass viele von ihnen nicht mehr in der Lage sind, die Beiträge zu leisten. Ab Juli 2014 sollen die Beiträge erneut um 20 Prozent steigen. Dann muss eine freiberufliche Hebamme über 5 000 Euro jährlich bezahlen, um sich bei der Geburtshilfe abzusichern. Diese Summe kann sie durch ihre Vergütung für ihre Leistung nicht erwirtschaften.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Aktuell hat jetzt die Nürnberger Versicherung angekündigt, im Juli 2015 aus dem Versichertenkonsortium auszusteigen. Damit droht dem gesamten Berufsstand das Aus. Für uns Grüne kann ich sagen, meine Damen und Herren: Wir wollen, dass es den Beruf der Hebamme und ihre Freiberuflichkeit weiter gibt.

(A) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir wollen, dass Frauen entscheiden können, wo sie ihr Kind zur Welt bringen. Das ist leider schon heute nicht mehr der Fall. Immer mehr Hebammen haben wegen der Versicherungsproblematik aufgegeben. Auch in Bremerhaven haben wir ein Geburtshaus gehabt. Das musste 2013 wegen dieser Versicherungsproblematik schließen. Außerklinische Geburten sind in Bremerhaven nicht mehr möglich. Ich habe jetzt gehört, dass immer mehr Hebammen im Landkreis ihre Freiberuflichkeit aufgeben und dort die Vor- und Nachsorge nicht mehr gesichert ist. Hier ist etwas verloren gegangen, was wir so schnell nicht wieder zurückbekommen können. Wir möchten, dass uns nicht noch mehr Hebammen verloren gehen. Deshalb muss es endlich eine politische Lösung geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Bundesministerium für Gesundheit nimmt die Sorgen der in der Geburtshilfe tätigen Hebammen sehr ernst. Hebammen leisten einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag für die medizinische Versorgung Schwangerer, junger Mütter und von Familien. Die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Hebammenhilfe einschließlich der Möglichkeit zur freien Wahl des Geburtsorts ist daher von besonderer Bedeutung und fordert auch eine angemessene Vergütung.

(B)

Meine Damen und Herren, das ist eine Pressemitteilung aus dem Bundesministerium für Gesundheit aus dem Mai 2012. Inhaltlich können wir alle, so denke ich, das unterschreiben. Aber 2012! Wir haben jetzt bald Mai 2014!

Ich möchte diese Aussage noch in zwei Punkten ergänzen, und zwar: Wir brauchen die Hebammen und ihren Berufsstand auch für das Kindeswohl. Wir brauchen sie für die frühen Hilfen. Sie können in die Familien gehen. Sie haben Vertrauen. Es ist uns wichtig, sie in dieser Präventionskette zu behalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das möchte ich noch aus frauenpolitischer Sicht ergänzen. Manche Frauen suchen sich Hebammen, die sie während der Schwangerschaft und der Geburt sowie in der Nachsorge begleiten, besonders vor dem Hintergrund, dass sie die technisierte Medizin nicht so möchten, wie sie im Moment angeboten wird. Für sie gibt es ein gutes alternatives Angebot, was Hebammen für sie bereithalten. Die Kompetenzen und Ressourcen von Hebammen mehr zu nutzen, damit die stetig steigende Kaiserschnittquote von über 30 Prozent in Bremen gesenkt wird, das war auch unser Ziel in Bremen. Deshalb ist das Bremer Bündnis zur Un-

terstützung der natürlichen Geburt gegründet worden. (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Gemeinsam mit Gynäkologinnen und Hebammen aus Klinik und Praxis sowie Kinderärztinnen und Krankenkassen sollen gemeinsame Empfehlungen für die Betreuung bei Schwangerschaft und Geburt erarbeitet werden. Wir unterstützen dieses Bündnis ausdrücklich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Doch wie wollen wir dieses Ziel, die Frauen zu stärken und zu unterstützen, ihr Kind natürlich zu gebären, verfolgen, wenn wir weiter zusehen, wie einer Berufsgruppe, nämlich der der Hebammen, die Luft ausgeht? Für mich ist es unerträglich, dass es seit Jahren zu keiner Lösung gekommen ist, sondern nur zur Absichtserklärung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zur Vorbereitung dieser Aktuellen Stunde habe ich noch einmal in meinen Unterlagen nachgesehen: Gesundheitsministerkonferenz fordert Bundesregierung auf Drängen Bremens auf, endlich zu handeln. Juli 2010! Der heutige Senator war damals daran beteiligt. Auch in der Bürgerschaft haben wir dieses Thema mehrmals behandelt, und wir haben zuletzt 2012 den Antrag „Wirtschaftliche Existenz freiberuflich tätiger Hebammen sichern!“ verabschiedet. Wir haben vom Land Bremen sehr viel dazu getan. Deshalb möchte ich Sie heute nochmals dazu aufrufen, mit anderen Bundesländern den Druck ordentlich zu verstärken, damit es endlich zu einer Lösung kommt.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es sah 2012 ein wenig so aus, als ob es etwas Licht am Ende des Tunnels gab. Es gab eine ministerübergreifende Arbeitsgruppe, damals noch von Herrn Minister Bahr und Frau Schröder ins Leben gerufen. Vordringlich wollten sie das Thema Berufshaftpflicht bearbeiten. Doch still ruht der See. Es ist wenig gekommen. Eine große Petition hat es gegeben. Aber auch sie hat wenig bewirkt. Es läuft im Moment eine weitere Petition. Auch die ist zu unterstützen. Aber auch jetzt – nach den alarmierenden Nachrichten, dass es bald keine Versicherung mehr geben wird – habe ich eine klare Botschaft aus dem Ministerium vermisst.

(Zuruf der Abg. Frau A h r e n s [CDU])

Ja, das mag vielleicht sein. Aber ich kann nur sagen, was ich daraus gehört habe, und das ist nicht auf

(A) Facebook zu lesen. Das Treffen am 18.2. im Ministerium wurde so beschrieben: wohlwollendes Zuhören vom Gesundheitsminister! Wir hätten, wie gesagt, das klare Signal erwartet: Wir wollen, dass nicht noch mehr Hebammen aufgeben. Wir lösen dieses Problem bis zum Sommer, damit die Hebammen eine Planungssicherheit haben und wissen, dass sie auch noch zukünftig schwangere Frauen begleiten können, die nächstes Jahr gebären.

Wir wissen, dass dieses Problem vielschichtig und auch sehr komplex ist. Aber das wissen wir schon seit Jahren. Vorschläge liegen vor: von den Prinzipien der an die Unfallversicherung angelehnten Haftpflichtversicherung für alle medizinischen Berufe bis zu einem staatlichen Fonds zur Deckelung der Versicherungsbeiträge. Diese Sachen müssen geprüft werden, und dann muss es eine Lösung geben.

Im Moment kann es auch eine Übergangslösung sein. Damit gebe ich mich zufrieden. Es bleiben aber die grundsätzlichen Fragen bei dem Thema Berufshaftpflicht, die alle damit verbunden sind. Wie soll es auch bei anderen Gesundheitsberufen in der Zukunft weitergehen, die mit neuen Aufgaben betraut werden, zum Beispiel Übertragung von ärztlichen Aufgaben? Doch zuerst müssen wir eine Lösung für die Hebammen finden. Hier brennt wirklich das Dach. Ich denke, wir alle hier im Haus können unterstützen, dass es weiterhin Hebammen geben soll. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Böschen, SPD-Fraktion.

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Hebammentätigkeit ist in Deutschland seit Langem chronisch unterfinanziert. Die Haftpflichtprämien sind in den letzten Jahren explodiert, und damit gerät eine gesamte Berufsgruppe immer mehr in das wirtschaftliche Aus. Daneben – das sage ich hier ganz klar – werden auch das Recht von Frauen auf die freie Wahl des Geburtsortes und einer Hebamme ihres Vertrauens sowie die wohnortnahe Hebammenbetreuung insgesamt bedroht.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Außerdem sind die Vor- und Nachsorgeaufgaben für Frauen und Neugeborene durch niedergelassene Hebammen als wichtiger Bestandteil der gesundheitlich-sozialen Präventionskette gefährdet. Die letzte Debatte, die wir dazu im Oktober 2011 geführt haben, hat das sehr deutlich vor Augen geführt. Aber das Ganze hat jetzt, so sage ich, eine Eskalationsstufe er-

reicht, die es notwendig macht, hier erneut darauf einzugehen.

(C)

Aktuell haben wir die Situation, dass die Hebammen auf zwei Versicherer zugreifen können. Sie müssen sich versichern, damit eventuell auftretende Schäden während des Geburtsvorgangs entsprechend versichert sind. Der eine Versicherer – Frau Hoch hat das ausgeführt – hat angekündigt, dass er jetzt aussteigt. Der noch verbleibende Versicherer wird von den Hebammen selber als deutlich zu teuer beschrieben. Es kann eigentlich auch nicht sein, dass es eine Fokussierung auf ausschließlich einen privaten Anbieter in dem Bereich gibt.

Warum ist das Ganze so? Die Risiken einer Geburt sind überhaupt nicht gestiegen, auch die Anzahl der Geburtsschäden ist nicht größer geworden. Allerdings haben die Kinder, die heute mit einem Geburtsschaden geboren werden, Gott sei Dank eine deutlich höhere Lebenserwartung als in der Vergangenheit. Damit werden allerdings auch sehr viel weiter gehende Schadensersatzansprüche geltend gemacht, und die müssen über Versicherungen abgewickelt werden. Mittlerweile gehören die Fälle mit geburtshilflichem Zusammenhang zu den teuersten Haftpflichtfällen überhaupt. Die Kranken- und Rentenkassen der Geschädigten suchen bei diesen teuren Behandlungsfällen natürlich nach Verursachern, und sie versuchen, die Kosten entsprechend geltend zu machen.

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich an dieser Stelle ganz deutlich: Man muss sich grundsätzlich mit den Schadenshaftpflichten auseinandersetzen, die im Gesundheitswesen existieren. Selbstverständlich muss denjenigen, die im Gesundheitssystem zu Schaden kommen, ein, so sage ich, Schadensanspruch gewährt werden. Aber wie hoch dieser im Endeffekt sein muss, ob das wirklich solche großen Summen sind, muss man hinterfragen, denn letztlich muss es auch die Möglichkeit der Versicherung bei diesen Schäden geben.

(D)

Hinzu kommt, dass bei einem Prozess die Beweislastumkehr gilt. Das heißt, die Beschuldigten müssen nachweisen, dass ein Schaden nicht durch sie verursacht wurde. Das ist auf der einen Seite natürlich eine positive Entwicklung. Denn wie will ein im Gesundheitssystem vielleicht zu Schaden gekommener Betroffener nachweisen, dass ihm ein Schaden entstanden ist? Aber auch für diejenigen, die jetzt zur Verantwortung gezogen werden, ist das mit ziemlich vielen Konsequenzen verbunden, die sich bereits zum Beispiel in der Betreuung der Schwangeren auswirken. Das heißt, wir haben damit eine deutlich höhere Dokumentations- und Aufklärungsverpflichtung. Ob diese, so sage ich jetzt, juristische Seite immer für die Schwangeren so zum Wohle geschieht, finde ich, muss man durchaus auch kritisch hinterfragen, denn bei dieser Beweislastumkehr – ich sage das noch einmal – gründen sich viele Urteile auf mangelhafte Dokumentation und Aufklärung. So, und das führt dazu, dass diese deutlich zugenommene Beratung, Aufklä-

(A) rung und Dokumentation bei vielen Frauen den Eindruck entstehen lässt, die Geburt an sich ist das große Risiko und eben nicht der natürliche Vorgang, den im Normalfall eigentlich alle zum Wohle der Schwangeren durchführen können.

Das hat aber auch Konsequenzen für die Krankenhäuser. Kleinere geburtshilfliche Belegabteilungen oder Abteilungen können nicht mehr kostendeckend arbeiten und müssen schließen. In der Geburtshilfe führt das zu einer immer schlechter werdenden Personalsituation in den Kliniken, die sich durch weniger Zeit für individuelle Betreuung von Mutter und Kind direkt auswirkt. Die Geburtshilfe wird in große medizinische Zentren verlagert und orientiert sich an Risikogeburten – eine fatale Entwicklung für Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett, denn – das wissen wir alle – dies sind keine Krankheiten oder ein Risiko, dies sind ganz natürliche Vorgänge, bei denen den werdenden Eltern Unterstützung und Beratung zuteilwerden müssen. Schwangere Frauen sind nicht in erster Linie gefährdet. Sie brauchen Unterstützung und Zuspruch, um auf die Kräfte ihres Körpers vertrauen zu können, und dabei spielen die Hebammen eine ganz zentrale Rolle. Trotzdem hat sich ihre berufliche Situation kontinuierlich verschlechtert. Es ist allerhöchste Zeit – da gebe ich Frau Hoch recht –, dass der Bund hier endlich handelt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Natürlich müssen die Vergütungen erhöht werden. Vor allem aber muss das Problem mit den Versicherungen gelöst werden.

Im Juni letzten Jahres ist der Senat im Anschluss an unsere Parlamentsinitiative auf Bundesebene aktiv geworden und hat sich für die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der Hebammen eingesetzt. Die Große Koalition hat es sich durchaus zur Aufgabe gemacht, die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Hebammen abzusichern. Am 18.2. hat es nun das Gipfeltreffen zwischen Vertreterinnen der Hebammen, der Hebammenverbände und dem Gesundheitsminister Gröhe gegeben, und der Minister hat den politischen Willen für eine Soforthilfe verkündet. Konkrete Zusagen gibt es allerdings zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht.

Parallel dazu haben Tausende von Unterstützerinnen aus ganz Deutschland eine Online-Petition unterzeichnet, die einen konkreten Maßnahmenkatalog bis zum 27. März vom Gesundheitsminister fordert, sodass die noch verbleibenden freiberuflich geburtsbegleitenden Hebammen ab 1.7.2014 – dann wird ja die Erhöhung der Versicherungen wirksam – durch diese erneute Erhöhung nicht aus dem Beruf gedrängt werden. Herzlichen Dank an dieser Stelle für alle diejenigen, die diese Petition unterstützen! Denn es zeigt sehr deutlich, wie stark auch dieses Thema die Öffentlichkeit bewegt!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C)

So, und wie können wir das Problem nun lösen? Es sind schon einige Dinge angesprochen worden. Natürlich kann man zum Beispiel Haftungsobergrenzen einführen. Eine Haftungsobergrenze von ein bis zwei Millionen Euro wäre, so denke ich, durchaus zu diskutieren. Man muss aber auch darüber nachdenken, vielleicht einen staatlich finanzierten Haftungsfonds einzurichten. Es könnte eine Beteiligung der gesetzlichen Krankenversicherungen an den Beiträgen der freiberuflich tätigen Hebammen geben. Zu prüfen wäre auch, ob der Bund die Schadensregulierung – ähnlich wie bei Impfschäden im Infektionsschutzgesetz – durch ein eigenes Gesetz mit Bezug auf das Bundesversorgungsgesetz regeln könnte, denn die Hebammen tragen schließlich in hohem Maße dazu bei, eines der wichtigsten im Grundgesetz verankerten Staatsziele zu verwirklichen, nämlich das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Das sollte dem Staat durchaus etwas wert sein.

Außerdem fordern die Hebammenverbände seit Jahren die Aufnahme des Anspruchs auf umfassende Hebammenhilfe, zum Beispiel die gesetzliche Verankerung von Geburtshäusern im fünftem Sozialgesetzbuch, damit die Wahlmöglichkeit des Geburtsorts endlich gesetzlich verankert wird. Auch der Anspruch der Versicherten auf Gesundheitsförderung und Prävention durch Hebammenhilfe ist im Sozialgesetzbuch noch nicht geregelt, obwohl alle wissen, welche hohe Bedeutung sowohl die vorgeburtliche als auch die nachgeburtliche Versorgung für das Mutter-Kind- oder auch das Eltern-Kind-Verhältnis bildet und damit eine richtig heftige Größe auch in der Prävention darstellt, denn eine gute Bindung zum Kind – meine Damen und Herren, das wissen wir alle – hilft, dass viele Probleme später erst gar nicht entstehen.

(D)

Zusammengefasst glaube ich, dass wir in diesem Haus eine große Zustimmung unter allen Fraktionen haben, um diese Problematik bei den Hebammen tatsächlich zu lösen. Wir können noch einmal an den Senat herantreten und ihn bitten, seinen Einfluss entsprechend geltend zu machen – auch wir haben an der einen oder anderen Stelle Einfluss –, damit dem Aussterben der freiberuflich tätigen Hebammen, aber auch der in Kliniken arbeitenden Hebammen – auch das muss man ganz deutlich sehen – Einhalt geboten wird. Ich möchte noch einmal daran erinnern, wie viele Geburten in Deutschland durch das Ausscheiden eben dieser Hebammen, die freiberuflich arbeiten, die in Krankenhäusern tätig sind, die bei Hausgeburten oder in Geburtshäusern tätig sind, betroffen sind.

Auch die Schwangerschaftsvorsorge, Kurse der Vor- und Nachbereitung und der Wochenbettbetreuung sind durch dieses Sterben der Hebammen in Gefahr. In diesem Sinne hoffe ich auf unser aller Unterstützung.

(A) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin Frau Kollegin Bernhard, Fraktion DIE LINKE!

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE *): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass die rot-grüne Koalition dieses Thema für die Aktuelle Stunde gewählt hat. Dem grundlegenden Anliegen kann ich mich hundertprozentig anschließen, denn seit Beginn dieser Auseinandersetzung muss ich mir eigentlich immer vorstellen: Was wäre, wenn es ein anderer Bereich wäre? Würden wir in anderen politischen Bereichen genauso reagieren? Ein Vergleich: Wenn wir Versicherungsprobleme bei Rechtsanwälten oder Kfz-Mechanikern hätten und wenn es um ein Sterben der freien Kfz-Werkstätten oder Ähnliches ginge, gäbe es mit Sicherheit eine andere politische Debatte und hätte es eine andere Brisanz. Die Politik würde wahrscheinlich nicht jahrelang zusehen, wie das vor sich hindümpelt.

Bei den Hebammen passiert seit Jahren viel zu wenig.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Das ist nicht nur eine Frage der Versicherungen, sondern es ist selbstverständlich auch eine Frage ihrer Entgelte; das hängt schwer damit zusammen. Bei diesem Berufszweig haben wir praktisch kaum noch Mindestlohnhöhe, und das ist etwas, was wir auf gar keinen Fall akzeptieren können.

(Beifall bei der LINKEN)

Fragen wir uns doch einmal, warum das so ist! Es ist ein Frauenberuf, und es ist ein Beruf, der nur mit Menschen zu tun hat. Das zieht sich letztendlich immer wieder durch. Kann es denn richtig sein, dass nur in dem Moment, in dem ich keine teuren Geräte brauche, es dermaßen unterfinanziert sein muss? Ich habe mich gefragt: Was steht denn im Koalitionsvertrag? Ich muss ja sagen: So richtig packend ist das nicht, was dort festgestellt wird: „Die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Geburtshilfe ist uns wichtig. Wir werden daher die Situation der Geburtshilfe und der Hebammen beobachten und für eine angemessene Vergütung sorgen.“ Das ist etwas, was natürlich appellativ wie immer und erst einmal in keinsten Weise zu einer konkreten Folge führt. Das Problem, das für die Hebammen mit den Versicherungsbeiträgen entstanden ist, hat viel damit zu tun, dass sie seit Jahr und Tag im Schatten der Politik stehen.

In den Niederlanden fand bis vor wenigen Jahren jede dritte Geburt als Hausgeburt statt. Heute liegt der Anteil noch bei 20 Prozent, die Hausgeburten in Deutschland dagegen bei zwei Prozent. Diese Entwicklung haben wir ganz eklatant seit den Siebziger-

gerjahren. Ich frage mich, warum das so ist. Es liegt auch an dieser berühmten Kaiserschnittentwicklung, die kontinuierlich gestiegen ist. Ich meine diese Technikverliebtheit, dass man das gar nicht mehr als einen natürlichen Vorgang betrachtet. Das kann doch kein Mensch nachvollziehen. Bekannt ist, dass diese Entwicklung mit erheblichen Risiken für Mütter und Kinder verbunden ist. Es ist ja nicht so, dass das mit dem Kaiserschnitt so großartig positiv wäre. Er ist wirklich ausgesprochen problematisch. Wir haben zwar den Runden Tisch „Natürliche Geburt“ ins Leben gerufen, aber bisher frage ich mich: Was ist denn mit den Ergebnissen? Es ist noch nicht so viel auf den Tisch gekommen. Wir haben immer noch keinen hebammengeführten Kreißsaal in Bremen.

(Abg. Frau **Bösch** [SPD]: In Bremerhaven!)

Ja, gut, okay! Ich erwarte aber eigentlich, dass es selbstverständlich auch in Bremen der Fall ist.

Den Trend, der hier zugrunde liegt, kann man eigentlich nicht gutheißen. Dagegen müssen wir ansetzen, denn dieser Trend ist medizinisch fragwürdig, und er ist mit Sicherheit nicht vorteilhaft für unser Gesundheitswesen. Es handelt sich schließlich nicht nur um die Geburt – das haben auch meine Vorrednerinnen schon festgestellt –, sondern es ist die Betreuung in der Schwangerschaft, es ist die Begleitung, es ist sozusagen die Nachsorge, es ist das Wochenbett. Es hängt ja eine ganze Menge daran.

Ich muss Ihnen sagen – ganz persönlich –: Ich hatte Erfahrung mit beidem gemacht, also mit einer ziemlich grauenvollen Klinikgeburt, und ich habe mich in Bremen für eine Hausgeburt entschieden. Drei Kreuze: Ich fand, es war ein riesengroßen Unterschied, und ich bin froh, dass ich das gemacht habe, obwohl man konfrontiert wird mit Ängsten, Risiken und ich weiß nicht was. Trotzdem muss ich sagen: Es war eine hundertprozentig gute Entscheidung.

Man muss demgegenüber auch daran erinnern, dass in Deutschland rechtlich die Geburt von einer Hebamme geleitet werden sollte, auch in den Krankenhäusern. Meistens wird vergessen, dass das eigentlich der Fall ist. Das heißt, die Ansage im Kreißsaal hat nicht der Arzt, sondern im Wesentlichen soll das die Hebamme machen.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Entwicklung, dass diese rechtlich garantierte Entscheidungsfreiheit beschnitten wird, müssen wir unbedingt wieder umdrehen. Wie meine Kollegin Frau Bösch gesagt hat, sind die Kosten der Haftpflichtversicherungen nicht deshalb so gestiegen, weil es so furchtbar viele Fälle gibt, sondern weil die wenigen Fälle, die es gibt, aufgrund des Gott sei Dank längeren Lebens faktisch so teuer geworden sind. Des-

(C)

(D)

(A) halb ist es so fatal, dass wir jetzt eine Situation haben, in der im Grunde genommen Menschen bestraft werden, die eine hervorragende Arbeit machen und trotzdem im Grunde genommen herausfallen. Es ist schrecklich, dass die Nürnberger Versicherung – sie ist ja aus dieser Gruppenversicherung ausgestiegen – mit verursacht, dass tatsächlich die Hütte brennt.

Wir haben verschiedene Möglichkeiten; sie alle sind schon angesprochen worden. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Ich hoffe, dass sich die Landesregierungen landauf, landab entsprechend genauso dahinterklemmen, damit dieser Druck entsteht. Es ist vollkommen richtig: Am 18. Februar heißt es, na ja, wir werden uns wieder darum kümmern, und es ist uns wichtig. Aber es gibt keine konkret abgesprochene Perspektive. Sie weiterhin am ausgestreckten Arm verhungern zu lassen, finde ich, ist völlig indiskutabel. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste rufe ich auf Frau Kollegin Ahrens, CDU-Fraktion.

(B) Abg. Frau **Ahrens** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Während wir diese Debatte führen, stehen in diesem Land Frauen im Dienste der Geburtshilfe 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag zur Verfügung, denn das neugeborene Leben nimmt eben keine Rücksicht auf Termine. Es kommt, wie wir Frauen wissen, meistens mit ungeheurer Kraft, es will geboren werden, und es will auf diesem Weg auch begleitet werden. Und das machen bei uns wirklich gut und fachlich fundiert ausgebildete Hebammen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sie begleiten Familien in ihren verwundbarsten und doch auch schönsten Stunden bei einer Entlohnung und unter Bedingungen, die dringend verbessert werden müssen. Hier sehen wir als CDU-Fraktion ebenfalls generellen Handlungsbedarf.

Während unserer Aktuellen Stunde werden übrigens circa 45 Kinder, wie man den statistischen Daten des Gesundheitsministeriums entnehmen kann, in Deutschland geboren; von bewundernswerten Müttern, unterstützt von stolzen und bangenden Vätern und begleitet von Hebammen, Hebammen, die sich nach der Sorge um die Familie Sorgen um ihre eigene machen, ob sie diese denn mit der Bedrohung ihrer Existenz durch ein Berufsverbot und unbestreitbare Versicherungsprämien auch ernähren können. Ich sage für die CDU-Fraktion in Bremen ganz deutlich: Wir brauchen diesen Berufsstand, wir brauchen ihn mit all seinen Ausprägungen und den unterschiedlichen Angeboten, und wir brauchen ihn dringend auch in Bremen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

Wir haben in Bremen ein weit differenziertes Angebot – darauf bin ich stolz; das ist nämlich nicht selbstverständlich –, und wir haben ein Angebot, das natürlich auch durch eine weit überdurchschnittliche Nachfrage verursacht worden ist und sich im Laufe der vielen Jahre entwickelt hat. Aber das ist ein großer Vorteil, den wir in Bremen haben, den wir Frauen anbieten können, und den möchten wir nicht verlieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Auch die Versorgung der Schwangeren und jungen Mütter vor und nach der Geburt wird wohl keine der hier anwesenden Mütter und keiner der hier anwesenden Väter missen wollen. Ich weiß nicht, wie oft ich selbst auch zum Teil noch um 23 Uhr meine Hebamme angefunkelt habe, weil ich irgendwelche Probleme hatte, und sie hat sich innerhalb kürzester Zeit zurückgemeldet. Ich glaube, darauf möchte keine von uns hier im Saal verzichten, die das zumindest schon einmal in Anspruch genommen hat. Dieses breite Angebot ist nun in akuter Gefahr; das muss man so deutlich sagen. Nun geht es um verschiedene Lösungen.

Ich möchte noch ganz kurz etwas zu dem Antrag aus dem September 2012 sagen, bevor ich auf die weiteren Punkte und Lösungsmöglichkeiten eingehe!

(D)

Im September 2012 – das ist mehrfach angesprochen worden – gab es schon einmal einen Antrag in der Bürgerschaft. Wir haben ihn damals abgelehnt, weil wir gesagt haben: Das ist ein Thema, das auf Bundesebene gelöst werden muss.

(Abg. Frau **H o c h** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, und?)

Wir haben dann gesehen, dass die Landesregierung das Thema zwar in die Gesundheitsministerkonferenz eingebracht hat, aber auch da nicht richtig weiterkam, weil dort einheitlich festgestellt worden ist, das ist ein Bundesthema, sodass sich die Gesundheitsministerkonferenz außerstande sah, etwas zu tun. Insofern glaube ich, dass das hier an dieser Stelle nur appellativen Charakter haben kann. Nichtsdestotrotz fordere ich genauso wie Sie jeden auf, alle Kanäle zu nutzen.

Ich sage zu dem Beitrag von Frau Bernhard, die den Koalitionsvertrag an dieser Stelle zitiert hat: In jedem Koalitionsvertrag steht erst einmal eine Absichtserklärung. Die genaue Ausgestaltung ist dann die Abarbeitung des Koalitionsvertrages. Oder möchte die LINKE an dieser Stelle behaupten, dass das Ziel des Koalitionsvertrages, den SPD und Grüne in Bremen geschlossen haben und in dem steht, sie wollen die Überwindung der sozialen Spaltungen dieser Stadt

(A) erreichen, schon erreicht wurde? Es würde mich sehr wundern, wenn die LINKE das an dieser Stelle sagen würde. Hier sehen Sie also ein konkretes Beispiel. Entsprechend ist es auf Bundesebene gewesen.

Es gibt übrigens zwei verschiedene Fragenkomplexe zu beachten: zum einen die generelle Entwicklung der Entlohnung der Hebammen und zum anderen die explodierenden Kosten der Haftpflichtversicherung, die die Hebammen – meine Vorrednerin Frau Böschen hat es schon ausgeführt – in keiner Weise selbst verursacht oder verschuldet haben. Die Zahl der Geburtsfehler hat ja nicht zugenommen.

Zur Frage der besseren Vergütung kann man sagen: Die Vergütung wird durch die Vertragspartner der Selbstverwaltung, also durch die Krankenkassen und die Hebammen, festgelegt. Per Gesetzesänderung – das ist über den Bund erfolgt – wurde festgelegt, dass auch die steigenden Kosten für die Berufshaftpflichtversicherung bei den Vergütungsverhandlungen berücksichtigt werden. Das führte 2013 dazu, dass die Vergütungen für die Hebammen stufenweise um 15 Prozent steigen. Dies ist zumindest ein erster, kleiner Schritt gewesen. Es wurde darüber hinaus die langjährige Forderung umgesetzt, die Leistungen zu Schwangerschaft und Geburt aus der Reichsversicherungsordnung in das SGB V zu überführen. Das ist ein Thema, über das wir uns mit den Hebammenverbänden im Gleichstellungsausschuss noch vor einiger Zeit ausgetauscht haben. Dies ist inzwischen erfolgt.

(B)

Die zweite Fragestellung – da gebe ich Ihnen völlig recht – bezieht sich auf die explodierenden Haftpflichtversicherungsbeiträge. Vor anderthalb Jahren wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Hebammenverbände einberufen, um die Probleme der geburtshilflichen Versorgung zu analysieren und Lösungswege zu finden. Neben anderen Themen wurde hier insbesondere das Thema der Berufshaftpflichtversicherung erörtert. Der entsprechende Bericht wird uns im März dieses Jahres vorgelegt, also nicht ganz in einem Monat. Wir als CDU-Fraktion erwarten darin auch klare Lösungsvorschläge in Bezug auf die Problematik der Berufshaftpflichtversicherung. Es sind viele Wege denkbar. Sie sind schon von vielen angesprochen worden. Deswegen erspare ich es mir an dieser Stelle, sie noch einmal aufzuführen. Aber ich kann Ihnen eines sagen: Ich vertraue der Aussage, die Herr Gröhe, unser Gesundheitsminister, am 18. Februar den Hebammen gegenüber gegeben hat. Ich weiß auch, dass Herr Gröhe – ebenso wie übrigens Herr Willmann von den Grünen – ein persönliches Interesse daran hat, eine Lösung flächendeckend hinzubekommen.

Ich denke, es ist jedem Beteiligten klar, dass es fünf vor zwölf ist und dass eine schnelle und nachhaltige Lösung her muss.

Sie sind auf einen weiteren Punkt in dieser Debatte noch gar nicht eingegangen: Die Hebammen sind die Spitze des Eisberges.

(C)

(Abg. Frau H o c h [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sage ich doch!)

Lassen Sie mich doch weiter ausführen! Aktuell ist es so, dass in den Kliniken, die Geburtshilfestationen haben, genau das Gleiche droht. Es gab dafür bisher sechs Versicherungsanbieter. Zwei haben zum Ende des Jahres ihre Versicherungen gekündigt. Alle anderen Anbieter, die noch verblieben sind, haben ihre Versicherungsbeiträge massiv erhöht. Es gibt Erhöhungen von über 100 Prozent, die gefordert werden. Das sind sechsstellige Beträge. Auch da sehen wir, dass die Geburtskliniken an dieser Stelle das ereilt, was die Hebammen schon seit Längerem spüren. Sie sehen: Das ist ein Thema, das nicht nur die Hebammen betrifft und das an dieser Stelle deutlich einer schnellen Lösung bedarf.

Ich möchte, weil Sie, Frau Hoch, das Thema Kindeswohl und frühe Hilfen angesprochen haben, auch die Gelegenheit ergreifen, um auf die Frage einzugehen: Was kann denn nicht nur der Bund tun, an den wir vorrangig appellieren können, sondern was können wir im Land Bremen ganz konkret tun? Dazu spreche ich die Situation der Familienhebammen in Bremen und Bremerhaven an. Der Leistungsbericht des Gesundheitsamtes Bremen vom November 2013 führte dazu aus, dass es in Bremen 6,25 Vollzeitkräfte und in Bremerhaven 0 Vollzeitkräfte gibt, und er führt wortwörtlich aus, dass diese Stellen von hoher Diskontinuität geprägt und häufig unbesetzt seien. Ich sage Ihnen – und das, glaube ich, denken wir alle hier –: Familienhebammen sind ein unersetzlicher Baustein im Bereich der frühen Prävention und des Kinderschutzes.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Damit Sie jetzt nicht denken, ich habe mir das nur mal eben so an dieser Stelle herausgezogen und bringe nur eine Zahl: Auch in 2012 war die Leistungserbringung durch Diskontinuitäten beeinträchtigt. Original steht dort drin: Darunter litt auch die Zahl der Betreuungsaufnahmen, die mit 184 genauso hoch wie im Vorjahr war, dennoch unter dem Plansoll von 220 lag. Darunter leidet beispielsweise auch „Tipp-Tapp – Gesund ins Leben“, denn dort ist die Zahl der Hausbesuche deutlich zurückgegangen. Waren es 2010 noch 1 350, waren es 2012 nur noch etwa 1 000. – Das sind Dinge, die wir in Bremen konkret verändern können. Dazu erwarten wir Antworten.

In diesem Zusammenhang würden mich auch die Ergebnisse des Runden Tisches in Bremen zur Förderung der natürlichen Geburt interessieren. Was gibt es laut dem Runden Tisch denn schon für konkrete Lösungsvorschläge, um das, was meine Vorrednerinnen ausgeführt haben, zu erreichen, nämlich dass die

(A) Anzahl der Kaiserschnittgeburten zurückgeht et cetera? Wenn wir hier in Bremen über Hebammen sprechen, dann gehören für uns als CDU-Fraktion die Familienhebammen dazu. Wir fordern den Senat auf, an dieser Stelle mit der gleichen Vehemenz voranzuschreiten, wie Sie es auch in anderen Bereichen zu Recht fordern.

(Beifall bei der CDU)

Wenn eine Beleghebamme ihren Dienst verspricht, steht sie der Frau bei der Geburt bei, egal wann und unter welchen Umständen. Sie hält ihr Versprechen, zu helfen. Ich verspreche Ihnen: Erstens: Wir als CDU-Fraktion in Bremen wollen das Leben nicht nur vor der Sterbehilfe schützen – Sie haben es heute Morgen schon gehört –, sondern ihm zunächst einmal auf die Welt helfen. Dafür brauchen wir Hebammen, und dafür werden wir als Bremer CDU die Ergebnisse der Arbeitsgruppe auf Bundesebene

(Glocke)

– ich komme gleich zum Schluss – sehr genau betrachten, damit die Geburtshilfe in Bremen und auch bundesweit weiterhin möglich bleibt.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

(B) Zweitens – letzter Satz –: Ich verspreche Ihnen, wir bleiben auch bei den Familienhebammen und den hier angesprochenen personellen Vakanzen am Ball, werden das sehr genau im Auge behalten und uns an der einen oder anderen Stelle diesbezüglich zu Wort melden, wenn dort keine Abhilfe erfolgt. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner Herr Kollege Dr. Schlenker, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. **Dr. Schlenker** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe viel mit Kindern zu tun und damit natürlich auch mit Hebammen. Darauf gründet sich dann die Zusammenführung. Wir stehen hier vor einem Frauenberuf, von dem es einige gibt, die keine Wertschätzung in dieser Gesellschaft erfahren. Das muss man einfach einmal so deutlich sagen. Es gibt weitere Frauenberufe, die sich zum Beispiel um Erziehung kümmern, von denen wir wissen, es ist nicht so ganz einfach, an Geld zu kommen.

Die Frage der Wertschätzung will ich in den Bereich der Ärzte weiterführen. Wenn ein Mensch mit einer sehr ausgeprägten Angina Pectoris, also Herzschmerzen, in die Klinik geht und der Kardiologe einen Stent setzt, dann fühlt sich dieser Mensch nach dieser Behandlung wie neugeboren. Dieses Sich-neu-

geboren-Fühlen wird ganz anders bezahlt, als wenn man als Mensch auf die Welt kommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Schon daran kann man sehen, welche Differenzen im Raume liegen.

Dann haben wir heute gelernt, dass man für eine Beerdigung 900 bis 1 900 Euro kriegt. Hier ist das Leben zu Ende. Das Leben, wenn es zu Ende geht, ist deutlich gut bezahlt. Das Leben, wenn es geboren wird, ist offensichtlich in einer großen Schwierigkeit. Das haben wir gerade diskutiert. Ich denke, diese Schwierigkeit hat auch etwas mit den Versicherungsprämien zu tun. Denn eine Versicherung, die merkt, dass immer weniger Menschen da sind, die die Versicherung in Anspruch nehmen, verteilt das ganze Risiko auf immer weniger Personen, und damit steigt es. Also können wir eigentlich nur hoffen, dass es den Hebammen mit den Krankenkassen gelingt – wir müssen dabei sehr viel tun –, deutlich ausgeprägt hohe Sätze hinzukriegen. Auch Ärzte arbeiten mit hohem Risiko. Sie zahlen zum Teil Versicherungsprämien von 15 000 Euro im Jahr. Aber noch keiner dieser Menschen hat bis heute gejammert. Also ist es ganz wichtig, die Arbeit der Hebamme so zu unterlegen, wie es sich gehört und wie wir sie wertschätzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als Nächsten rufe ich auf Herrn Senator Dr. Schulte-Sasse.

Senator Dr. Schulte-Sasse: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dieser Debatte ist es wichtig, wie ich glaube, dass man die ganze Argumentation an einem zentralen Punkt aufhängt, nämlich der Frage der Versorgung. Mit anderen Worten: Jede schwangere Frau sollte die Möglichkeit haben, die Wahlfreiheit haben, zu entscheiden, ob sie das Kind in einer Klinik zur Welt bringen will oder ob sie das Kind zu Hause zur Welt bringen will.

(Beifall bei der SPD und bei CDU)

Alles folgt dann aus diesem Grundsatz der Wahlfreiheit. In unserem heutigen System sind die Einzigen, die eine Hausgeburt ermöglichen, die freiberuflichen Hebammen. Ohne das System der freiberuflichen Hebammen hätten wir, sollte sich an dieser Grundsatfrage nichts ändern, kein Wahlrecht auf Hausgeburt mehr.

Das Problem haben Sie in allen Beiträgen schon erläutert. Es sind die rasant steigenden Berufshaftpflichtprämien, die alleine in den Jahren zwischen 2007 und 2010 um 203 Prozent gestiegen sind. Es ist – nicht

(C)

(D)

(A) zuletzt aufgrund, wie schon erwähnt worden ist, einer Bundesratsinitiative des Landes Bremen – national 2010 diskutiert worden, dass diese Entwicklung für die freiberuflichen Hebammen mit dem Ende ihrer beruflichen Aktionsmöglichkeiten verbunden ist und dass deshalb etwas geschehen muss.

Tatsächlich hat der Bund im Jahre 2012 – Frau Ahrens hat darauf hingewiesen – auf das Entgelt für die freiberuflichen Hebammen Druck gemacht und hat die Kassen dazu gebracht, dass es eine Verbesserung der Finanzierung der Hebammen im Jahre 2013 gab, nachdem aber bereits im Jahre 2012 zusätzlich zu den vorherigen Steigerungen um 203 Prozent nochmals eine Erhöhung der Prämie von 3 800 auf 4 250 Euro pro Jahr erfolgt ist. Jetzt wird für dieses Jahr eine weitere Erhöhung auf über 5 000 Euro angekündigt. Das sind natürlich Prämien, die eine freiberufliche Hebamme mit dem Geld, das sie für ihre Tätigkeit im Rahmen von Hausgeburten erhält, gar nicht mehr bezahlen kann.

(B) Das Ergebnis ist, dass im Laufe der letzten Jahre immer mehr freiberufliche Hebammen ihre Tätigkeit in diesen Feldern aufgeben haben. Wir haben heute schon deutlich weniger freiberufliche Hebammen, die für Hausgeburten zur Verfügung stehen, als das noch vor wenigen Jahren war. Weil das so ist und weil sich die Situation noch weiter verdüstert, nämlich erstens aus dem Dreierkonsortium, das sich das Risiko der Haftpflicht geteilt hat, eine Versicherung ausgeschieden ist und zweitens die beiden verbleibenden angekündigt haben, dass sie ab Sommer 2015 keine neuen Verträge mehr abschließen, kommen wir absehbar in einen vertragslosen Zustand. Bei den Entschädigungszahlungen, die heute gegebenenfalls auch gerichtlich durchgesetzt werden, hat eine freiberufliche Hebamme null Chancen, ihren Beruf auszuüben. Das ist die Realität!

Woran liegt das? Das liegt daran, dass es insgesamt im medizinischen Bereich einen deutlichen Anstieg der Berufshaftpflichtprämien gibt. Das trifft nicht nur die freiberuflichen Hebammen. Wir sind übrigens im Bereich der kommunalen Kliniken vor dieser sehr bedrohlichen Entwicklung noch halbwegs geschützt, weil es im Bereich der öffentlichen Krankenhäuser ein bundesweit umlagenfinanziertes System der Haftpflicht gibt. Die nicht öffentlichen Krankenhäuser haben ein solches umlagenfinanziertes System der Haftpflicht nicht. Deshalb muss Haus für Haus eine eigene Haftpflicht abgeschlossen werden. Auch die Steigerungsraten für diese Haftpflichtversicherung in den nicht öffentlichen Häusern waren in den letzten Jahren rasant. Wir haben also insgesamt ein großes Problem der Haftpflichtentwicklung, der Entschädigungszahlungen und der Höhe der Entschädigungszahlungen.

Wenn man sich die Frage stellt, woran das liegt – auch darauf ist schon richtigerweise hingewiesen worden –, dann sieht man, dass es nicht daran liegt, dass die Medizin oder die Hebammen in ihrer Tätigkeit

risikobereiter geworden wären und heute sehr viel mehr medizinische Schäden produzierten als in der Vergangenheit. Die Zahl der Haftpflichtfälle ist ziemlich konstant geblieben. Was sich aber geändert hat, ist die Höhe der gerichtlich zugestandenen Entschädigungszahlungen; auch darauf ist schon hingewiesen worden. Vor allem hat die Zahl der Fälle deutlich zugenommen, nicht weil die betroffenen Frauen häufiger zum Gericht gehen und ihre Rechte einklagen, sondern weil die gesetzlichen Krankenversicherungen anders als in der Vergangenheit heute sehr viel schneller und häufiger im Interesse der betroffenen Frauen und Kinder Haftpflichtansprüche geltend machen. Dazu sind die gesetzlichen Krankenversicherungen übrigens nach dem SGB V verpflichtet. Das ist keine Spielwiese, sondern ihre gesetzliche Pflicht. Es ist auch im Interesse der geschädigten Kinder und ihrer Familien. Natürlich hilft es ebenfalls den Krankenkassen, weil sie in einem anerkannten Fall des Medizinschadens nicht mehr in der Weise zahlungspflichtig sind, wie sie es ohne eine solche Situation wären.

Mit anderen Worten: Wir müssen uns mit diesem Thema in ganz anderer, nämlich grundsätzlicher Weise befassen. Einer der Vorschläge ist, dass man die Haftpflicht der Hebammen kappt, dass man eine Grenze einführt. Damit diese Begrenzung nicht zu Lasten der Mütter und ihrer geschädigten Kinder geht, soll dann der Staat mit einem sogenannten Haftpflichtfonds einspringen. Das Restrisiko – man könnte bei der Entwicklung, die sich abzeichnet, vermutlich sagen: das Hauptrisiko – wäre in dieser Konstellation nicht bei den freiberuflichen Hebammen oder anderen medizinischen Berufsgruppen zu verorten, sondern beim Staat.

Ordnungspolitisch ist das keine leichte Nummer. Man kann sogar sagen: Es ist ordnungspolitisch geradezu systemwidrig, dass das Risiko einer freiberuflichen Tätigkeit nicht von denen, die die Tätigkeit ausüben, getragen werden soll, sondern vergesellschaftet wird. Wenn man diesen Weg gehen würde, dann würde man einen Präzedenzfall schaffen, der einen in vielerlei anderen Fällen wieder einholen wird.

(Abg. B e n s c h [CDU]: Wohl wahr!)

Diese Frage muss am Ende der Bundesgesundheitsminister entscheiden, weil er die politische und auch gesetzgeberische Verantwortung hat, die Finanzierungsbedingungen für die Tätigkeit freiberuflicher Hebammen zu regeln. Das sieht auch der Bundesgesundheitsminister so – da gibt es gar keinen Widerspruch –, der öffentlich bereits angekündigt hat, dass er sich dieses Themas annimmt und dass er eine Lösung finden will. Wir alle erwarten, dass diese Lösung auch auf den Tisch gelegt wird und wir mit ihm dann in einer vernünftigen Weise darüber diskutieren können.

(C)

(D)

(A) Eines ist ebenfalls klar – auch darauf ist schon hingewiesen worden –: Bereits im Jahre 2012 hat die Bundeskanzlerin eine interministerielle Arbeitsgruppe beim Bundeskanzleramt mit dem klaren Auftrag eingerichtet, das Problem, das wir heute diskutieren, einer Lösung zuzuführen. Zwei Jahre sind ins Land gegangen. Ein Ergebnis der interministeriellen Arbeitsgruppe kennen wir noch nicht. Deshalb haben die Gesundheitsminister der A-Länder – A-Länder, also SPD, Grüne und LINKE, und natürlich auch so jemand wie ich, dessen Herz farbkonform schlägt –

(Heiterkeit)

die Bundesregierung aufgefordert, endlich das Ergebnis dieser interministeriellen Arbeitsgruppe auf den Tisch zu legen, damit wir eine Grundlage haben, um dieses Thema in angemessener Weise zu diskutieren.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eines als Antwort auf die Schlussbemerkung von Frau Ahrens sagen: Ja, was das gesamte Feld der Hebammen angeht, haben wir auch in Bremen Pflichten zu erledigen. Das allerdings tun wir auch. Darauf habe ich bereits in der letzten Sitzung der Bürgerschaft hingewiesen. Wir haben die Zahl der Gebiete, in denen unsere Familienhebammen tätig sind, deutlich ausgeweitet, nämlich verdoppelt, und wir haben die Zahl der Familienhebammen aufgrund einer hervorragenden Zusammenarbeit mit dem Sozialressort, das uns dabei nämlich unterstützt, um zwei weitere erhöht.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Bremen ist damit auch im nationalen Vergleich der Bundesländer wirklich gut aufgestellt. Ich weiß, dass nichts so gut sein kann, dass man es nicht noch besser machen kann. Natürlich wünschte ich mir doppelt oder dreimal so viele Familienhebammen wie die, die wir haben. Aber in einer Situation, in der wir jeden Euro zweimal umdrehen müssen, ist das, was ich hier berichtet habe, wohl auch für Bremen ein grandioser Erfolg.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Ahrens zu beantworten? – Bitte schön!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Vielen Dank, Herr Senator! Können Sie mir sagen, ob sämtliche offenen Stellen in Bremerhaven und in Bremen nunmehr besetzt worden sind? Wir hatten ja das Problem der Personalvakanz, also dass gar nicht alle vorhandene Stellen besetzt worden sind.

Senator Dr. Schulte-Sasse: Das Problem der Nichtbesetzung offener Stellen gibt es im medizinischen Bereich zunehmend, und zwar einfach deshalb, weil die Marktlage immer schwieriger wird. Wenn eine Stelle nicht besetzt ist, liegt es also nicht an der Politik des Senats, sondern an der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die Tatsache, dass wir zwei weitere Stellen eingerichtet haben und finanzieren, zeigt, dass wir jedes Interesse haben, diesen Bereich weiter auszubauen.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen?

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wenn ich darf, sehr gerne! Herr Senator, wir sprechen gerade darüber, dass immer mehr Hebammen ihren Beruf im freiberuflichen Bereich aufgeben müssen. Ich glaube, die enge Arbeitsmarktlage oder die nicht vorhandenen Hebammen können an dieser Stelle nicht der Grund für unbesetzte Stellen sein. Sonst hätten wir uns in der Aktuellen Stunde nicht gerade um die Hebammen Gedanken gemacht. Deswegen noch einmal meine Frage – vielleicht mögen Sie es uns ansonsten noch in der Gesundheitsdeputation nachreichen –: Sind denn jetzt alle Stellen besetzt, oder mögen Sie dem hinterhergehen, dass zeitnah alle Stellen in Bremen und Bremerhaven besetzt sind? Denn die beiden Gesundheitsberichte aus 2012 und 2013 waren mehr als deutliche Hilferufe.

(D)

Senator Dr. Schulte-Sasse: Die heutige Aktuelle Stunde dreht sich um das Thema Hausgeburten durch freiberufliche Hebammen. Darauf bin ich vorbereitet. Dazu kann ich Ihnen jede Frage beantworten.

Sie haben das Feld gewechselt und sind auf die Ebene der angestellten Hebammen, der Familienhebammen beim Gesundheitsamt gekommen. Wie der aktuelle Stand der Stellenbesetzung dort ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Die Zahlen habe ich nicht im Kopf. Das gebe ich Ihnen gerne nachträglich. Ich unterstreiche aber noch einmal: Sollte es eine nicht besetzte Stelle oder auch zwei dort geben, liegt das nicht daran, dass wir diese Stelle nicht besetzen wollen – wir wollen sie besetzen! –, sondern es liegt daran, dass wir sie nicht besetzen können! Das ist im Hinblick auf die politische Dimension doch ein riesengroßer Unterschied.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Herr Senator, sind Sie bereit für eine weitere Zwischenfrage, nämlich des Kollegen Willmann? – Bitte schön, Herr Kollege Willmann!

(A) Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank! Herr Senator, stimmen Sie mir zu, dass Hebammen und Familienhebammen zwei völlig unterschiedliche Berufsfelder sind, weil das eine die Ausbildung zur Hebamme ist und das andere die Spezialqualifikation oder Weiterbildung oder auch Ausbildung zur Familienhebamme, und dass es sich, obwohl der Begriffsteil Hebamme dort steht, nicht um den gleichen Beruf handelt?

Senator Dr. Schulte-Sasse: Ich merke schon an der Art der Formulierung der Fragestellung, dass ich es mit einem absoluten Experten zu tun habe. Deshalb würde ich gar nicht wagen, zu sagen, ich stimme nicht zu.

(Heiterkeit – Abg. **Willmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank für die Ehre!)

Präsident Weber: Weitere Zwischenfrage?

(Abg. **Willmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Vielen Dank, Herr Senator! Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir auch das dritte Thema abgehandelt haben und am Ende der Aktuellen Stunde angelangt sind.

(B) **Konsensliste**
(Neufassung)

Mitteilung des Präsidenten der
Bremischen Bürgerschaft
vom 25. Februar 2014

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

**Einstellung von 120 Polizeikommissaranwärtern
im Jahr 2014 im Land Bremen**

Antrag der Fraktion der CDU
Vom 13. Januar 2014
(Drucksache 18/1226)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort Herr Kollege Hinners, CDU-Fraktion. (C)

Abg. **Hinners** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der rot-grüne Senat und die Koalition wollen in diesem Jahr nur 60 Polizeianwärter für das Land Bremen einstellen.

(Abg. **Dr. Kuhn** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer sagt das? – Abg. **Tschöpe** [SPD]: 20!)

Das steht in Ihren Haushaltsunterlagen, Herr Dr. Kuhn. Dies ist nach Ansicht der CDU-Fraktion deutlich zu wenig.

(Beifall bei der CDU)

Zu Beginn der rot-grünen Koalition im Jahr 2007 hatten die Polizei Bremen 2 646 Mitarbeiter und die Polizei Bremerhaven 478 Mitarbeiter, zusammen – damit Sie nicht lange rechnen müssen – 3 124 Mitarbeiter bei den Polizeien im Land Bremen. Heute, meine Damen und Herren, haben die Polizei Bremen circa 2 500 Mitarbeiter und die Polizei Bremerhaven immer noch 480 Mitarbeiter, zusammen 2 980 im Land Bremen – ein Rückgang, meine Damen und Herren, von circa 150 Mitarbeitern, wobei – ich habe eben schon kurz darauf hingewiesen – anzumerken ist, dass dieser Rückgang ausschließlich bei der Polizei Bremen festzustellen ist. (D)

Wiederholt habe ich in der Bürgerschaft darauf hingewiesen, dass im Rahmen der großen Polizeireform 2004/2005 von allen daran beteiligten Parteien – insbesondere Rot-Grün und CDU; andere Parteien gab es seinerzeit hier nicht – eine Mindeststärke bei der Polizei Bremen von 2 600 Mitarbeitern für erforderlich gehalten wurde. Herr Dr. Güldner, seinerzeit Oppositionsführer, war wesentlich daran beteiligt. Zur Erinnerung: Gegenwärtig haben wir 2 500!

Der Senator für Inneres wird gleich wieder mit dem Argument kommen, die Ursache für den Rückgang liege in den zu geringen Einstellungen in den Jahren vor seinem Tätigkeitsbeginn im Jahre 2008. Aber, meine Damen und Herren, erklärt das die gleichbleibende Anzahl von Mitarbeitern in Bremerhaven und den Rückgang in Bremen? Ich meine, nein, denn der Senator für Inneres hätte seit 2008 ausreichend Zeit gehabt, den erkennbaren Rückgang in Bremen durch erhöhte Einstellungszahlen auszugleichen.

Meine Damen und Herren, wie sieht nun die Entwicklung in den nächsten Jahren aus? Aufgrund der beschlossenen Lebensarbeitszeitverlängerung wird die Anzahl der Mitarbeiter bei der Polizei Bremen sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven relativ konstant auf dem heutigen Niveau bleiben. Danach wird sie aber deutlich sinken, sodass wir schon im Jahre 2017 etwa 60 Beamte weniger als heute im Dienst haben werden. Sie wissen: Wir haben eine dreijäh-